

2026-01-20

Antihumanisten in Regierungen

Machtmissbrauch

Gerd Buurmann



Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, findet es gar nicht gut, was da in einer großen deutschen Tageszeitung über ihn geschrieben wurde. Er erklärt:

„Und wenn man dann wie die Chefredakteurin der BILD allen Ernstes in einem Kommentar schreibt, dass sie findet, dass ich als achteinhalb Jahre tätiger Ministerpräsident in Schleswig-Holstein eine größere Gefahr für die Demokratie darstelle als die AfD, dann sage ich sehr, sehr klar: Dann muss die sich mal hinterfragen, ob ihr Koordinatensystem verrutscht ist. Ich werde mir die Frage definitiv nicht stellen.“

Was redet der Mann da?

Selbstverständlich stellt der acht Jahre amtierende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Daniel Günther, eine größere Gefahr für die Demokratie dar als die AfD, allein schon wegen der Macht, die er innehat.

Gefährlich für die Demokratie ist nicht eine Meinung, sondern Macht. Demokratie wird nicht durch die bloße Existenz von Opposition ausgehöhlt, sondern durch den Missbrauch staatlicher Handlungsmöglichkeiten. Eine Partei, die sich in der Opposition befindet und in keinem Bundesland Regierungsverantwortung trägt, verfügt über diese Möglichkeiten gerade nicht. Sie kann reden, provozieren, polarisieren, aber sie kann nicht entscheiden, nicht anordnen, nicht durchsetzen.

Ein Ministerpräsident hingegen führt eine Regierung, kontrolliert Verwaltungsapparate, prägt Institutionen, beeinflusst Gesetzgebung, Haushalte, Personalentscheidungen und politische Kultur. Ihm stehen reale Instrumente der Macht zur Verfügung. Genau dieser Tatsache trägt das Grundgesetz Rechnung. Das Grundgesetz ist kein Misstrauensvotum gegen Bürger oder Parteien, sondern ein Abwehrrecht gegen die Mächtigen. Es sagt nicht: „Oppositionen dürfen dies und jenes nicht“, sondern: Mächtige dürfen die Meinungsfreiheit nicht einschränken, die Pressefreiheit nicht beschneiden und staatliche Ressourcen nicht nutzen, um unliebsame politische Konkurrenz zu delegitimieren.

Historisch zeigt sich immer wieder: Die größte Versuchung entsteht dort, wo Macht bereits vorhanden ist. Nicht selten waren es Regierende, die öffentlich über Einschränkungen der

Pressefreiheit nachgedacht haben, über Parteiverbote fabulierten oder staatlich geförderte Strukturen indirekt nutzten, um zivilgesellschaftliche Organisationen gegen politische Gegner in Stellung zu bringen.

Opposition hingegen agiert immer unter den Bedingungen, die die Regierenden hinterlassen. Sollte sie eines Tages an die Macht kommen, findet sie genau jene Institutionen, Regeln und kulturellen Standards vor, die ihre Vorgänger geschaffen oder geduldet haben. Die eigentliche demokratische Bewährungsprobe liegt daher immer bei denen, die gerade regieren.

Wenn ein amtierender Ministerpräsident erklärt oder suggeriert, die Opposition sei die größere Gefahr für die Demokratie, stellt sich zwangsläufig eine unangenehme Frage: Welche Strukturen hat er selbst geschaffen, wenn er fürchtet, dass diese von politischen Gegnern missbraucht werden könnten? Es stellt sich aber eine noch unangenehmere Frage: Wie wurden diese Strukturen bislang von dem Ministerpräsidenten genutzt?

Wer Angst davor hat, abgewählt zu werden, offenbart weniger Sorge um die Demokratie als vielmehr Zweifel an der eigenen Amtsführung.

Gerd Buurmann schreibt und inszeniert als Theatermensch in diversen freien Theatern von Köln bis Berlin. Er ist Schauspieler, Stand-Up Comedian und Kabarettist. Im Jahr 2007 erfand er die mittlerweile europaweit erfolgreiche Bühnenshow „Kunst gegen Bares“. Mit seinen Vorträgen über Heinrich Heine, Hedwig Dohm und den von ihm entwickelten Begriffen des „Nathan-Komplex“ und des „Loreley-Komplex“ ist er in ganz Deutschland unterwegs. Seit April 2022 moderiert er den Podcast „Indubio“ der Achse des Guten. Sein Lebensmotto hat er von Kermit, dem Frosch: „Nimm, was Du hast und flieg damit!“

Veröffentlicht in [X.com](https://www.x.com), mit freundlicher Genehmigung von Gerd Buurmann übernommen.